

# **Erste Änderung der Amateurfunkverordnung vom 15. Februar 2005 (ENTWURF)**

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2, des § 4 Abs. 1 Satz 1 und der §§ 6 und 8 Satz 2 des Amateurfunkgesetzes vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494), die durch Artikel 229 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) geändert worden sind, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

## **Artikel 1**

Die Verordnung zum Gesetz über den Amateurfunk (Amateurfunkverordnung – AFuV) vom 15. Februar 2005 (BGBl. I S. 242), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 12 des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970), wird wie folgt geändert:

### **1. § 4 – Prüfungsanforderungen und Prüfungsinhalte**

- a) In Absatz 2 wird nach den Wörtern „der in Absatz 1“ eingefügt „Nr. 1 geforderten Kenntnisse sowie die in Absatz 1 Nr. 2 und 3“.
- b) Als neuer Absatz 3 wird eingefügt "(3) Inhaber eines Amateurfunkzeugnisses der Klasse E können durch erfolgreiches Ablegen einer Zusatzprüfung ein Amateurfunkzeugnis der Klasse A erhalten. " Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4. Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
- c) Im neuen Absatz 4 (alt 3) wird nach den Wörtern „Prüfungsinhalten und –anforderungen“ eingefügt „sowie zur Zusatzprüfung gemäß Absatz 3“.

### **2. § 5 – Durchführung der Prüfung**

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird „Abs.1 und 2“ durch „Abs. 1, 2 und 3“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird vor dem letzten Satz "§ 3 gilt entsprechend." folgender Satz eingefügt:  
„Nicht bestandene Zusatzprüfungen können nur als vollständige Zusatzprüfung erneut abgelegt werden.“

### 3. § 12 – Ausbildungsfunkbetrieb

In Absatz 4 letzter Satz wird das Wort "mindestens" gestrichen.

### 4. § 19 – Übergangsregelungen

In Absatz 3 wird in der letzten Zeile "Abs. 4" durch "Abs. 5" ersetzt.

## 5. Anlage 1 – A Tabellarische Übersicht

5.1. Folgende Zeilen werden eingefügt:

1	2			3	4	5		6			
2a	1 810	-	1 850	kHz	P	E	75 W	PEP	3		
3a	1 850	-	1 890	kHz	S	E	75 W	PEP	3	10	12
4a	1 890	-	2 000	kHz	S	E	10 W	PEP	3	10	
5a	3 500	-	3 800	kHz	P	E	75 W	PEP	3		
6a	7 100	-	7 200	kHz	S	A	250 W	PEP	3		
10a	21 000	-	21 450	kHz	P	E	75 W	PEP	3	13	
12a	28	-	29,7	MHz	P	E	75 W	PEP	4	13	

5.2. Lfd. Nr. 13 (Spalte 6): Die zusätzlichen Nutzungsbestimmungen 2, 3 und 10 werden hinzugefügt.

5.3. Lfd. Nr. 15 (Spalte 5): Die Festlegung der maximalen Leistung „<10 W EIRP“ wird ersetzt durch „75 W PEP“.

5.4. Lfd. Nr. 17 (Spalte 5): Die Festlegung der maximalen Leistung „<10 W EIRP“ wird ersetzt durch „75 W PEP“.

5.5. Lfd. Nr. 23 (Spalte 5): Die Festlegung der maximalen Leistung „<10 W EIRP“ wird ersetzt durch „5 W PEP“.

5.6. Lfd. Nr. 27 (Spalte 6): Die zusätzliche Nutzungsbestimmung 14 wird gestrichen.

5.7. Lfd. Nr. 29 (Spalte 3): "P" wird durch "S" ersetzt.

5.8. Lfd. Nr. 36 (Spalte 6): Die zusätzliche Nutzungsbestimmung "15" wird ersetzt durch "14".

5.9. Fußnote der Tabelle: Die Fundstelle "§ 3 Abs. 3" und der nachfolgende Artikel "der" sowie Datum und Fundstelle "vom 28. September 2004 (BGBl. I S. 2499)" werden gestrichen.

## **6. Anlage 1 – B Zusätzliche Nutzungsbestimmungen**

- 6.1.** Zusätzliche Nutzungsbestimmung 5: Satz 1 und 2 werden gestrichen; der bisherige Satz 3 erhält folgende Fassung: „Die Nutzung des Frequenzbereichs kann von der Regulierungsbehörde mit zusätzlichen allgemeinen Auflagen versehen werden; die Nutzung ist auf feste Amateurfunkstellen beschränkt.“
- 6.2.** Zusätzliche Nutzungsbestimmung 10: Satz 2 wird gestrichen.
- 6.3.** Zusätzliche Nutzungsbestimmung 11: Die Frequenzangabe "1 263 MHz" wird durch "1 260 MHz" ersetzt.
- 6.4.** Zusätzliche Nutzungsbestimmung 13: Der Frequenzbereich „77,5 – 78 GHz“ wird aus Satz 1 gestrichen. In Satz 2 wird gestrichen "77,5 GHz, 78 -".
- 6.5.** Die zusätzliche Nutzungsbestimmung 14 wird gestrichen.
- 6.6.** Die bisherige zusätzliche Nutzungsbestimmung 15 wird zusätzliche Nutzungsbestimmung 14 und erhält folgende Fassung: "Die Frequenzbereiche 444 - 453 GHz, 510 - 546 GHz, 711 - 730 GHz, 909 - 926 GHz, 945 – 951 GHz und Frequenzen oberhalb von 956 GHz können durch den Amateurfunkdienst genutzt werden. Die Nutzungsbedingungen werden durch die Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht."

## **7. Anlage 2 - Gebührenverzeichnis**

Der Text zu Nr. 1 Spalte 2 Buchstabe c der Tabelle wird wie folgt neu gefasst: „Erteilung einer Bescheinigung oder eines Amateurfunkzeugnisses nach bestandener Zusatzprüfung gemäß § 4 Abs. 3 oder Abs. 5“.

### **Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am [[1. Juli]] 2006 in Kraft.

Berlin, den \_\_\_\_\_

Der Bundesminister  
für Wirtschaft und Technologie

**Anhang 3****Verordnung  
zum Gesetz über den Amateurfunk  
(Amateurfunkverordnung - AFuV)****Vom 15. Februar 2005**

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2, des § 4 Abs. 1 Satz 1 und der §§ 6 und 8 Satz 2 des Amateurfunkgesetzes vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494), die durch Artikel 229 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) geändert worden sind, in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen:

**§ 1****Anwendungsbereich**

Diese Verordnung regelt

1. die Durchführung und die inhaltlichen Anforderungen der fachlichen Prüfung für Funkamateure,
2. die Einteilung der verschiedenen Arten von Amateurfunkzeugnissen,
3. das Anerkennen ausländischer Amateurfunk-Prüfungsbescheinigungen oder Genehmigungen,
4. das Verfahren der Zuteilung und Einzelheiten der Anwendung und Mitbenutzung von Rufzeichen,
5. den Ausbildungsfunkbetrieb,
6. die technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen für die Durchführung des Amateurfunkdienstes einschließlich der Nutzungsbedingungen für die im Frequenznutzungsplan für den Amateurfunkdienst ausgewiesenen Frequenzbereiche (Anlage 1) und
7. die Gebühren und Auslagen für Maßnahmen nach § 8 Satz 2 des Amateurfunkgesetzes (Anlage 2).

Regelungen der Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder (BEMFV) vom 20. August 2002 (BGBl. I S. 3366) bleiben unberührt.

**§ 2****Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Verordnung ist

1. "fachliche Prüfung für Funkamateure" eine Prüfung zum Erwerb eines Amateurfunkzeugnisses;
2. "Amateurfunkzeugnis oder Prüfungsbescheinigung" die Bestätigung einer in- oder ausländischen Prüfungsbehörde über eine erfolgreich abgelegte fachliche Prüfung für Funkamateure nach bestimmten Prüfungsanforderungen (Zeugnisklasse);
3. "Klubstation" eine Amateurfunkstelle, die von Mitgliedern einer Gruppe von Funkamateuren unter Verwendung eines gemeinschaftlich genutzten Rufzeichens betrieben wird;
4. "fernbediente oder automatisch arbeitende Amateurfunkstelle" eine unbesetzt betriebene Amateurfunkstelle, die fernbedient oder selbsttätig Aussendungen erzeugt (Relaisfunkstellen, Digipeater, Funkbaken usw.);
5. "Relaisfunkstelle" eine fernbediente Amateurfunkstelle (auch in Satelliten), die empfangene Amateurfunkaussendungen, Teile davon oder sonstige eingespeiste oder eingespeicherte Signale fern ausgelöst aussendet und dabei zur Erhöhung der Erreichbarkeit von Amateurfunkstellen dient;
6. "Funkbake" eine automatisch arbeitende Amateurfunk-Sendeanlage (auch in Satelliten), die selbsttätig Aussendungen zur Feldstärkebeobachtung oder zu Empfangsversuchen erzeugt;
7. "Spitzenleistung (PEP)" die Leistung, die der Sender unter normalen Betriebsbedingungen während einer Periode der Hochfrequenzschwingung bei der höchsten Spitze der Modulationshüllkurve durchschnittlich an einen realen Abschlusswiderstand abgeben kann;
8. "effektive Strahlungsleistung (ERP)" das Produkt aus der Leistung, die unmittelbar der Antenne zugeführt wird, und ihrem Gewinn in einer Richtung, bezogen auf den Halbwelldipol;
9. "gleichwertige isotrope Strahlungsleistung (EIRP)" das Produkt aus der Leistung, die unmittelbar der Antenne zugeführt wird, und ihrem Gewinn in einer Richtung, bezogen auf den isotropen Kugelstrahler;
10. "belegte Bandbreite" die Frequenzbandbreite, bei der die unterhalb ihrer unteren und oberhalb ihrer oberen Frequenzgrenzen ausgesendeten mittleren Leistungen jeweils 0,5% der gesamten mittleren Leistung der Aussendung betragen;
11. "unerwünschte Aussendung" jede Aussendung außerhalb der erforderlichen Bandbreite; dies ist die Bandbreite, welche für eine gegebene Sendart gerade ausreicht, um die Übertragung der Nachricht mit der Geschwindigkeit und Güte sicherzustellen, die unter den gegebenen Bedingungen erforderlich ist.

**§ 3****Zulassung zur Prüfung**

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist gleichzeitig mit dem Antrag auf Erteilung eines Amateurfunkzeugnisses nach bestandener Prüfung in schriftlicher Form oder elektronischer Form an die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Regulierungsbehörde) zu richten. Einzelheiten zum Antragsverfahren werden von der Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

(2) Die Zulassung zur Prüfung erfolgt, wenn zuvor die jeweilige Gebühr gemäß Anlage 2 Nr. 1 dieser Verordnung entrichtet wurde.

**§ 4****Prüfungsanforderungen und Prüfungsinhalte**

(1) In der fachlichen Prüfung für Funkamateure hat der Bewerber für das Amateurfunkzeugnis der Klasse A folgende Kenntnisse nachzuweisen:

1. technische Kenntnisse, einschließlich von Kenntnissen über die elektromagnetische Verträglichkeit und deren Anwendung; Personen- und Sachschutz,
2. betriebliche Kenntnisse (nationale und internationale betriebliche Regeln und Verfahren) und
3. Kenntnisse über nationale Vorschriften und internationale Regelungen und Vereinbarungen.

(2) In der fachlichen Prüfung für Funkamateure hat der Bewerber für das Amateurfunkzeugnis der Klasse E die wesentlichen Grundzüge der in Absatz 1 **Nr. 1 geforderten Kenntnisse sowie die in Absatz 1 Nr. 2 und 3** geforderten Kenntnisse nachzuweisen.

**(3) Inhaber eines Amateurfunkzeugnisses der Klasse E können durch erfolgreiches Ablegen einer Zusatzprüfung ein Amateurfunkzeugnis der Klasse A erhalten.**

**(3) (4)** Einzelheiten zu Prüfungsinhalten und -anforderungen **sowie zur Zusatzprüfung gemäß Absatz 3** werden unter Berücksichtigung internationaler Empfehlungen von der Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

**(4) (5)** In einer freiwilligen Zusatzprüfung können Fertigkeiten im Hören und Geben von Morsezeichen nachgewiesen werden. Die Prüfung ist gebührenpflichtig nach Anlage 2 Nr. 1c. Regulierungsbehörde bescheinigt den erfolgreichen Nachweis von praktischen Fertigkeiten im Hören und Geben von Morsezeichen. Die Bestimmungen der §§ 5 und 6 gelten entsprechend.

## § 5

### Durchführung der Prüfung

(1) Die Prüfung nach § 4 **Abs. 1 und 2 Abs. 1, 2 und 3** besteht aus einer schriftlichen Prüfung, der unter den nach Absatz 5 festzulegenden Voraussetzungen eine mündliche Nachprüfung folgen kann. Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, die Anwesenheit bei der Prüfung gestatten.

(2) Der Prüfungsausschuss entscheidet über das Ergebnis der Prüfung. Die Prüfung ist bestanden, wenn der Bewerber in allen Teilen ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und soweit erforderlich auch Fertigkeiten nachgewiesen hat. Bei nicht einstimmiger Bewertung des Prüfungsergebnisses entscheidet der Prüfungsvorsitzende.

(3) Nicht bestandene Prüfungsteile können innerhalb von 24 Monaten nach der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses wiederholt werden. Nach Ablauf dieses Zeitraums muss die Prüfung vollständig wiederholt werden. **Nicht bestandene Zusatzprüfungen können nur als vollständige Zusatzprüfungen erneut abgelegt werden.** § 3 gilt entsprechend.

(4) Behinderten Menschen sind zur Wahrung ihrer Chancengleichheit bei der Prüfungsdurchführung auf Wunsch die ihren besonderen Belangen entsprechenden Erleichterungen zu gewähren. Die Behinderung ist mit der Antragstellung zur Prüfung in schriftlicher oder elektronischer Form nachzuweisen. Über Art und Umfang der zu gewährenden Erleichterungen entscheidet die Regulierungsbehörde.

(5) Einzelheiten zur Durchführung von Prüfungen werden nach Anhörung der betroffenen Kreise von der Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

## § 6

### Prüfungsausschuss

(1) Zur Abnahme von Prüfungen werden von der Regulierungsbehörde Prüfungsausschüsse gebildet. Ein Prüfungsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und mindestens einem Beisitzer.

(2) Die Vorsitzenden und die Beisitzer der Prüfungsausschüsse (Prüfer) werden vom Präsidenten der Regulierungsbehörde bestellt; sie müssen nicht Angehörige der Regulierungsbehörde sein. Die Berufung erfolgt in der Regel für fünf Jahre; sie kann verlängert werden. Die Regulierungsbehörde kann die Berufung von Prüfern auch vor Ablauf der festgelegten Frist aus wichtigem Grund zurückziehen. Hierzu zählt insbesondere die Besorgnis, dass eine ordnungsgemäße Wahrnehmung der Prüfungsaufgaben aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht sichergestellt ist.

(3) Zum Prüfer kann bestellt werden, wer

1. volljährig und
2. Inhaber eines Amateurfunkzeugnisses der Zeugnisklasse A oder im Besitz eines mindestens gleichwertigen berufsqualifizierenden Abschlusses ist.

Einzelheiten werden durch die Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

## § 7

### Amateurfunkzeugnis

(1) Amateurfunkzeugnisse werden in die Klassen A und E eingeteilt. Das Amateurfunkzeugnis der Klasse A entspricht der harmonisierten Prüfungsbescheinigung (HAREC) der CEPT (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation). Die Amateurfunkzeugnisse werden von der Regulierungsbehörde nach bestandener fachlicher Prüfung erteilt.

(2) Voraussetzung für die Erteilung eines Amateurfunkzeugnisses der Klasse A ist, dass der Prüfungsteilnehmer die Prüfung gemäß § 5 Abs. 2 bestanden und damit die geforderten Kenntnisse nach § 4 Abs. 1 nachgewiesen hat.

(3) Voraussetzung für die Erteilung eines Amateurfunkzeugnisses der Klasse E ist, dass der Prüfungsteilnehmer die Prüfung gemäß § 5 Abs. 2 bestanden und damit die in § 4 Abs. 2 geforderten Kenntnisse nachgewiesen hat.

## § 8

### Anerkennung von Prüfungsbescheinigungen und Genehmigungen

(1) Prüfungsbescheinigungen aus Staaten, die sich zur Umsetzung der CEPT-Empfehlungen zu harmonisierten Prüfungsbescheinigungen verpflichtet haben, stehen deutschen Amateurfunkzeugnissen der entsprechenden Klasse gleich. Nähere Einzelheiten zur Umsetzung harmonisierter Regelungen der CEPT werden von der Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

(2) Andere Prüfungsbescheinigungen oder Genehmigungen können anerkannt werden, wenn die ihnen zu Grunde liegenden Prüfungsinhalte und Anforderungen denen eines deutschen Amateurfunkzeugnisses gleichwertig sind. Der Regulierungsbehörde ist vom Original der Urkunden oder von Dokumenten nach Satz 1, die nicht in deutscher, englischer oder französischer Sprache abgefasst sind, eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen.

## § 9

### Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst

(1) Die Regulierungsbehörde lässt auf Antrag eine natürliche Person gemäß § 3 Abs. 1 des Amateurfunkgesetzes auf der Grundlage ihres vorgelegten Amateurfunkzeugnisses oder einer gleichwertigen Bescheinigung im Sinne von § 8 zur Teilnahme am Amateurfunkdienst unter gleichzeitiger Zuteilung eines personengebundenen Rufzeichens zu.

(2) Die Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst berechtigt den Funkamateure zur Nutzung der in Anlage 1 ausgewiesenen Frequenzbereiche unter Einhaltung der dafür festgelegten Nutzungsbestimmungen nach Maßgabe der in seiner Zulassung festgelegten Zeugnisklasse (Berechtigungsumfang).

(3) Mit dem Antrag auf Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst nach § 3 Abs. 1 des Amateurfunkgesetzes hat der Funkamateure der Regulierungsbehörde mitzuteilen, an welchen Standorten er seine ortsfesten Amateurfunkstellen betreiben wird.

(4) Der Inhaber einer Zulassung nach Absatz 1 hat jede Änderung des Namens oder der Anschrift unverzüglich sowie die Neuerrichtung einer ortsfesten Amateurfunkstelle oder eine dauerhafte Verlegung eines Standortes seiner ortsfesten Amateurfunkstellen vor Inbetriebnahme in schriftlicher oder elektronischer Form der Regulierungsbehörde anzuzeigen.

(5) Für den Empfang von Aussendungen ist eine Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst nicht erforderlich.

## § 10

### Rufzeichenzuteilung

(1) Ein personengebundenes Rufzeichen wird einem Funkamateurer von der Regulierungsbehörde auf der Grundlage des § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Amateurfunkgesetzes zugeteilt. Es besteht kein Anspruch auf Zuteilung eines bestimmten Rufzeichens. Ein personengebundenes Rufzeichen, auf das verzichtet wurde, wird einem anderen Funkamateurer frühestens nach einem Jahr neu zugeteilt.

(2) Die Regulierungsbehörde teilt dem Funkamateurer neben dem personengebundenen Rufzeichen gemäß Absatz 1 auf Antrag weitere Rufzeichen für den Ausbildungsfunkbetrieb, für fernbediente und automatisch arbeitende Amateurfunkstellen oder für Klubstationen zu. Rufzeichenzuteilungen dürfen befristet werden.

(3) Die Regulierungsbehörde erstellt und veröffentlicht in ihrem Amtsblatt einen Rufzeichenplan für den Amateurfunkdienst in Deutschland. Der Rufzeichenplan enthält die angewendeten Rufzeichenreihen einschließlich der Zuordnung zu den Klassen und Verwendungszwecken, die zulässigen Kennungen, die nicht zuteilungsfähigen Rufzeichenzusammensetzungen und die international gebräuchlichen Rufzeichenzusätze.

## § 11

### Rufzeichenanwendung

(1) Rufzeichen dienen der Identifikation. Die für den jeweiligen Verwendungszweck zugeteilten Rufzeichen sind bei Beginn und Beendigung jeder Funkverbindung sowie mindestens alle zehn Minuten während des Funkverkehrs zu übermitteln. Weitere Einzelheiten zur Rufzeichenanwendung können einschließlich der Ausnahmeregelung nach Absatz 4 von der Regulierungsbehörde festgelegt und veröffentlicht werden.

(2) Beim Betrieb von leistungsschwachen Amateurfunksendern zu Peilzwecken kann auf eine Rufzeichennennung verzichtet werden, wenn Kennungen gemäß § 10 Abs. 3 verwendet werden.

(3) Dem Rufzeichen können international gebräuchliche Zusätze beigefügt werden. Diese dürfen das zugeteilte Rufzeichen nicht verfälschen.

(4) Mit einem Rufzeichen darf nicht zeitgleich von verschiedenen Standorten aus am Amateurfunkdienst teilgenommen werden. Ausnahmen sind zulässig, bedürfen jedoch der vorherigen Zustimmung durch die Regulierungsbehörde.

## § 12

### Ausbildungsfunkbetrieb

(1) Der Ausbildungsfunkbetrieb dient der praktischen Vorbereitung auf das Ablegen der fachlichen Prüfung zum Erwerb eines Amateurfunkzeugnisses. Zur Durchführung des Ausbildungsfunkbetriebs sind zum Amateurfunkdienst zugelassene Funkamateure nach vorheriger Zuteilung eines Ausbildungsrufzeichens gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 2 des Amateurfunkgesetzes berechtigt. Das Ausbildungsrufzeichen wird auf Antrag zugeteilt. Mit der Zuteilung wird der Berechtigungsumfang für den Ausbildungsfunkbetrieb festgelegt.

(2) Im Rahmen des Ausbildungsfunkbetriebs ist Personen, die nicht Inhaber eines entsprechenden Amateurfunkzeugnisses sind, die Teilnahme am Amateurfunkdienst unter unmittelbarer Anleitung und Aufsicht des Inhabers des Ausbildungsrufzeichens gestattet.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen des § 3 Abs. 4 des Amateur-

Stand: 13. April 2006

(3) Während des Ausbildungsfunkbetriebs ist von den Auszubildenden das zugeteilte Ausbildungsrufzeichen zu benutzen.

(4) Beim Ausbildungsfunkbetrieb sind von dem Auszubildenden Angaben über den Funkbetrieb schriftlich festzuhalten und vom Ausbilder zu bestätigen. Dieser hat die Aufzeichnungen **mindestens** ein Jahr aufzubewahren.

## § 13

### Fernbediente oder automatisch arbeitende Amateurfunkstellen

(1) Der Betrieb einer fernbedienten oder automatisch arbeitenden Amateurfunkstelle bedarf einer gesonderten Rufzeichenzuteilung nach § 3 Abs. 3 Nr. 3 des Amateurfunkgesetzes. Diese Funkstelle darf nur an dem in der Rufzeichenzuteilung aufgeführten Standort unter den dort festgelegten Rahmenbedingungen betrieben werden.

(2) Der Rufzeichenzuteilung geht eine standortbezogene Verträglichkeitsuntersuchung für die jeweils zur Nutzung beabsichtigte Frequenz voraus. Das Rufzeichen kann nur zugeteilt werden, wenn entsprechende Frequenzen verfügbar sind.

(3) Mit der Rufzeichenzuteilung wird der Berechtigungsumfang für den Betrieb der fernbedienten oder automatisch arbeitenden Amateurfunkstelle festgelegt. Sie kann mit weiteren Auflagen versehen werden, die eine störungsfreie Frequenznutzung gewährleisten sollen. Einzelheiten werden von der Regulierungsbehörde nach Anhörung der betroffenen Kreise festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

(4) Der Funkbetrieb über fernbediente Amateurfunkstellen nach Absatz 1 ist Funkamateuren mit zugeteiltem Rufzeichen zu gestatten. Aussendungen und Funkverkehr der Amateurfunkstellen nach Absatz 1 haben Vorrang vor dem übrigen Amateurfunkverkehr und dürfen nicht beeinträchtigt werden. Zur Sicherstellung eines störungsfreien Betriebs kann der Inhaber des Rufzeichens einer fernbedienten Amateurfunkstelle nach Absatz 1 andere Funkamateure von der Nutzung der Amateurfunkstelle ausschließen. Die Regulierungsbehörde ist hiervon zu unterrichten.

(5) Die Zuteilung für Funkstellen nach Absatz 1 kann außer in den in § 49 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes genannten Fällen auch widerrufen werden, wenn

1. der Inhaber des Rufzeichens innerhalb eines Jahres nach der Zuteilung den bestimmungsgemäßen Betrieb der fernbedienten oder automatisch arbeitenden Amateurfunkstelle nicht aufgenommen hat oder eine Betriebsunterbrechung von mehr als einem Jahr vorliegt,
2. die Verträglichkeit mit anderen Nutzungen nicht mehr gewährleistet ist oder
3. die Voraussetzung des Absatzes 2 Satz 2 nicht mehr gegeben ist oder
4. der Inhaber des Rufzeichens seine Verpflichtungen nach Absatz 1 Satz 2 oder eine Auflage nach Absatz 3 Satz 2 nicht erfüllt.

## § 14

### Klubstationen

(1) Das Rufzeichen für das Betreiben einer Amateurfunkstelle als Klubstation gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 4 des Amateurfunkgesetzes wird einem zur Teilnahme am Amateurfunkdienst zugelassenen Funkamateurer zugeteilt, wenn er vom Leiter einer Gruppe von Funkamateuren der Regulierungsbehörde in schriftlicher oder elektronischer Form als Verantwortlicher für die Klubstation benannt worden ist. Mit der Zuteilung wird der Berechtigungsumfang für den Betrieb der Klubstation festgelegt.

(7) Der Amateurfunkverkehr ist in offener Sprache abzuwickeln.

funkgesetzes kann die Zuteilung widerrufen werden, wenn die Benennung des Funkamateurs durch den Leiter der Gruppe von Funkamateuren in schriftlicher oder elektronischer Form zurückgezogen wird oder die Gruppe sich aufgelöst hat.

(3) Funkamateure mit Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst, die die Klubstation mitbenutzen, haben dabei das Rufzeichen der Klubstation zu verwenden.

(4) Zum Amateurfunkdienst zugelassene Funkamateure mit einem Amateurfunkzeugnis der Klasse E dürfen die Klubstation im Rahmen ihres Berechtigungsumfanges gemäß § 9 Abs. 2 mitbenutzen.

#### § 15

##### Rufzeichenliste

(1) Die Regulierungsbehörde veröffentlicht die zugeteilten deutschen Rufzeichen und ihre Inhaber in einer Rufzeichenliste.

(2) Die Rufzeichenliste enthält folgende Angaben:

1. zugeteiltes Rufzeichen und Klasse,
2. Name, Vorname und Anschrift des Inhabers der Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst und
3. Standort der ortsfesten Amateurfunkstelle.

(3) Der Eintragung in die Rufzeichenliste kann widersprochen werden. Der Widerspruch ist in schriftlicher oder elektronischer Form bei der Regulierungsbehörde einzureichen. Sie hat die Funkamateure rechtzeitig und in angemessener Weise auf ihr Widerspruchsrecht hinzuweisen. Unabhängig vom Inhalt der Widersprüche werden alle zugeteilten Rufzeichen in Verbindung mit dem Namen des Inhabers und die Standorte von Amateurfunkstellen nach § 13 in das Verzeichnis aufgenommen.

#### § 16

##### Technische und betriebliche Rahmenbedingungen für Amateurfunkstellen

(1) Die Amateurfunkstelle ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzurichten und zu unterhalten.

(2) Für die Nutzung der Frequenzbereiche des Amateurfunkdienstes gelten die in Anlage 1 zu dieser Verordnung festgelegten technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen. Die Regulierungsbehörde kann auf Antrag für besondere experimentelle und technisch-wissenschaftliche Studien mit einer Amateurfunkstelle Ausnahmen befristet gestatten. Dies kann unter zusätzlichen Auflagen erfolgen und von der Zuteilung eines weiteren Rufzeichens abhängig gemacht werden.

(3) Eine Amateurfunkstelle darf mit Telekommunikationsnetzen verbunden werden. Dabei sind die telekommunikationsrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Die Bereitstellung von Verbindungen zu Telekommunikationsnetzen über eine fernbediente Amateurfunkstelle nach § 13 ist nur dem Inhaber des Rufzeichens für diese Amateurfunkstelle gestattet.

(4) Unerwünschte Aussendungen sind auf das geringst mögliche Maß zu beschränken. Erforderliche Richtwerte für Funkanlagen nach § 1 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen vom 31. Januar 2001 (BGBl. I S. 170) werden nach Anhörung der betroffenen Kreise im Amtsblatt der Regulierungsbehörde veröffentlicht.

(5) Auf Anforderung der Regulierungsbehörde hat der Funkamateur technische Unterlagen über seine Sendeanlage sowie eine Skizze über die örtliche Anordnung der ortsfesten Antennenanlage vorzulegen.

(6) Abgleicharbeiten und Messungen an Sendern von Amateurfunkstellen sind an einem Abschlusswiderstand durchzuführen.

#### § 20

##### Inkrafttreten

Stand: 13. April 2006

Der internationale Amateurschlüssel und die international gebräuchlichen Betriebsabkürzungen gelten als offene Sprache.

(8) Amateurfunkverkehr darf nicht zur Verschleierung des Inhalts verschlüsselt werden; Steuersignale für Erd- und Weltfunkstellen des Amateurfunkdienstes über Satelliten gelten nicht als verschlüsselte Aussendungen. Das Aussenden von irreführenden Signalen, von Dauerträgern und von rundfunkähnlichen Darbietungen sowie der Gebrauch internationaler Not-, Dringlichkeits- und Sicherheitszeichen des See- und Flugfunkdienstes ist nicht zulässig.

(9) Der Funkamateur hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung seiner Amateurfunkstelle auszuschließen.

#### § 17

##### Störungen und Maßnahmen bei Störungen

(1) Die Regulierungsbehörde kann zur Ermittlung und zur Untersuchung von Störungsursachen oder zur Klärung frequenztechnischer Fragen den Betreiber einer Amateurfunkstelle zur Mitwirkung verpflichten. Hierbei kann sie insbesondere verlangen, dass der Funkamateur Angaben über den Betrieb der Amateurfunkstelle in schriftlicher Form festhält und vorlegt und dass der Funkamateur bei der Störungsuntersuchung Testaussendungen durchführt, die eine messtechnische Auswertung der Störszenarien ermöglichen.

(2) Bis zur Aufklärung oder Beseitigung der Ursache von Störungen kann die Regulierungsbehörde gegenüber dem Betreiber einer Amateurfunkstelle die Sperrung bestimmter Frequenzbereiche, die Absenkung der Senderleistung oder weitere geeignete Maßnahmen anordnen.

(3) Die Bestimmungen des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 2882) bleiben unberührt.

#### § 18

##### Gebühren und Auslagen

Für Amtshandlungen nach dem Amateurfunkgesetz und dieser Verordnung werden Gebühren nach Anlage 2 dieser Verordnung und Auslagen nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes erhoben.

#### § 19

##### Übergangsregelungen

(1) Für Amateurfunkzeugnisse, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erteilt wurden, gilt:

1. Amateurfunkzeugnisse der Klasse 3 stehen dem Amateurfunkzeugnis der Klasse E im Sinne dieser Verordnung gleich.
2. Alle anderen erteilten Amateurfunkzeugnisse stehen dem Amateurfunkzeugnis der Klasse A im Sinne dieser Verordnung gleich.

(2) Für Zulassungen zur Teilnahme am Amateurfunkdienst und für Amateurfunkgenehmigungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erteilt wurden, gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Soweit dies zur Teilnahme am Amateurfunkdienst ausserhalb des Geltungsbereichs des Amateurfunkgesetzes erforderlich ist, stehen Amateurfunkzeugnisse der Klasse A nach dieser Verordnung und Amateurfunkzeugnisse der Klasse 2 nach der Amateurfunkverordnung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 42) Amateurfunkzeugnissen der Klasse 1 nach der Amateurfunkverordnung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 42) gleich, sofern der Inhaber im Besitz einer Bescheinigung nach § 4 Abs. 4 Satz 3 dieser Verordnung ist.

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Amateurfunkverordnung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 42), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3630), sowie § 12 Abs. 3 und 4, § 16 und Anlage 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Amateurfunk vom 13. März 1967 (BGBl. I S. 284), die zuletzt durch § 10 der Verordnung vom 19. November 1996 (BGBl. I S. 1790) geändert worden ist, außer Kraft.

(3) Bis zur Veröffentlichung der Richtwerte nach § 16 Abs. 4 dieser Verordnung gelten die in § 12 Abs. 3 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Amateurfunk vom 13. März 1967 (BGBl. I S. 284) festgelegten Richtwerte.

*Berlin, den 15. Februar 2005*

*Der Bundesminister  
für Wirtschaft und Arbeit  
Wolfgang Clement*



## Nutzungsbedingungen für die im Frequenznutzungsplan für den Amateurfunkdienst und den Amateurfunkdienst über Satelliten ausgewiesenen Frequenzbereiche

Auf der Grundlage des § 6 Satz 1 des Gesetzes über den Amateurfunk vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1494) werden im Folgenden die technischen und betrieblichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Frequenzen des Amateurfunkdienstes und des Amateurfunkdienstes über Satelliten festgelegt.

Fernbediente und automatisch arbeitende Amateurfunkstellen im Sinne von § 13 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung dürfen nur auf den in der Rufzeichenzuteilung für diese Amateurfunkstellen ausgewiesenen Frequenzen betrieben werden. Die maximal zulässige Strahlungsleistung für fernbediente oder automatisch arbeitende terrestrische Amateurfunkstellen beträgt oberhalb 30 MHz 15 Watt ERP. Der Inhaber der Rufzeichenzuteilung muss sicherstellen, dass fernbediente Amateurfunkstellen jederzeit abgeschaltet werden können.

Die belegte Bandbreite einer Aussendung ist entsprechend dem Stand der Technik auf das für die verwendete Sendearart notwendige Ausmaß zu beschränken. Die Mittenfrequenz der Aussendungen ist so zu wählen, dass die belegte Bandbreite innerhalb des dem Amateurfunk zugewiesenen Frequenzbereiches liegt. Der Vorrang des Funkverkehrs bereits belegter Frequenzen ist zu beachten.

Die Funkdienste werden nach primären und sekundären Funkdiensten unterschieden. Ein primärer Funkdienst ist ein Funkdienst, dessen Funkstellen Schutz gegen Störungen durch Funkstellen sekundärer Funkdienste verlangen können, auch wenn diesen Frequenzen bereits zugeteilt sind. Schutz gegen Störungen durch Funkstellen des gleichen oder eines anderen primären Funkdienstes kann nur die Funkstelle verlangen, der die Frequenz früher zugeteilt wurde. Ein sekundärer Funkdienst ist ein Funkdienst, dessen Funkstellen weder Störungen bei den Funkstellen eines primären Funkdienstes verursachen dürfen noch Schutz vor Störungen durch solche Funkstellen verlangen können, unabhängig davon, wann die Frequenzzuteilung an Funkstellen des primären Funkdienstes erfolgt. Sie können jedoch Schutz gegen Störungen durch Funkstellen des gleichen oder eines anderen sekundären Funkdienstes verlangen, deren Frequenzzuteilung später erfolgt.

In den Frequenzbereichen gemäß Buchstabe A gelten die Regelungen des Frequenznutzungsplans und zusätzlich die besonderen Nutzungsbestimmungen nach Buchstabe A und Buchstabe B.

### A Tabellarische Übersicht

Lfd. Nr.	Frequenzbereiche	Status <sup>*)</sup>	Besondere Nutzungsbestimmungen		
			AFu-Zeugnisklasse gemäß Zulassungs-urkunde	Maximale Leistung	Zusätzliche Nutzungsbestimmungen gemäß B
1	2	3	4	5	6
1	135,7 – 137,8 kHz	S	A	1 W ERP	1 2 10
2	1 810 – 1 850 kHz	P	A	750 W PEP	3
<b>2a</b>	<b>1 810 – 1 850 kHz</b>	<b>P</b>	<b>E</b>	<b>75 W PEP</b>	<b>3</b>
3	1 850 – 1 890 kHz	S	A	75 W PEP	3 10 12
<b>3a</b>	<b>1 850 – 1 890 kHz</b>	<b>S</b>	<b>E</b>	<b>75 W PEP</b>	<b>3 10 12</b>
4	1 890 – 2 000 kHz	S	A	10 W PEP	3 10
<b>4a</b>	<b>1 890 – 2 000 kHz</b>	<b>S</b>	<b>E</b>	<b>10 W PEP</b>	<b>3 10</b>
5	3 500 – 3 800 kHz	P	A	750 W PEP	3
<b>5a</b>	<b>3 500 – 3 800 kHz</b>	<b>P</b>	<b>E</b>	<b>75 W PEP</b>	<b>3</b>
6	7 000 – 7 100 kHz	P	A	750 W PEP	3 13
<b>6a</b>	<b>7 100 – 7 200 kHz</b>	<b>S</b>	<b>A</b>	<b>250 W PEP</b>	<b>3</b>
7	10 100 – 10 150 kHz	S	A	150 W PEP	1 10 12
8	14 000 – 14 350 kHz	P	A	750 W PEP	3 13
9	18 068 – 18 168 kHz	P	A	750 W PEP	3 13
10	21 000 – 21 450 kHz	P	A	750 W PEP	3 13
<b>10a</b>	<b>21 000 – 21 450 kHz</b>	<b>P</b>	<b>E</b>	<b>75 W PEP</b>	<b>3 13</b>
11	24 890 – 24 990 kHz	P	A	750 W PEP	3 13
12	28 – 29,7 MHz	P	A	750 W PEP	4 13
<b>12a</b>	<b>28 – 29,7 MHz</b>	<b>P</b>	<b>E</b>	<b>75 W PEP</b>	<b>4 13</b>
13	50,08 – 51 MHz	S	A	25 W ERP	2 3 5 10
14	144 – 146 MHz	P	A	750 W PEP	6 13
15	144 – 146 MHz	P	E	<40 75 W EIRP PEP	6 13
16	430 – 440 MHz	P	A	750 W PEP	7 13
17	430 – 440 MHz	P	E	<40 75 W EIRP PEP	7 13
18	1 240 – 1 300 MHz	S	A	750 W PEP	8 11 13
19	2 320 – 2 450 MHz	S	A	75 W PEP	9 13
20	3 400 – 3 475 MHz	S	A	75 W PEP	9
21	5 650 – 5 850 MHz	S	A	75 W PEP	9 13
22	10 – 10,5 GHz	S	A	75 W PEP	9 13
23	10 – 10,5 GHz	S	E	<40 5 W EIRP PEP	9 13
24	24 – 24,05 GHz	P	A	75 W PEP	13
25	24,05 – 24,25 GHz	S	A	75 W PEP	9
26	47 – 47,2 GHz	P	A	75 W PEP	13
27	75,5 – 76 GHz	P	A	75 W PEP	9 13 14
28	76 - 77,5 GHz	S	A	75 W PEP	9 13
29	77,5 - 78 GHz	<b>P S</b>	A	75 W PEP	9 13
30	78 - 81,5 GHz	S	A	75 W PEP	9 13
31	122,25 - 123 GHz	S	A	75 W PEP	9
32	134 - 136 GHz	P	A	75 W PEP	9 13
33	136 - 141 GHz	S	A	75 W PEP	9 13
34	241 – 248 GHz	S	A	75 W PEP	13
35	248 - 250 GHz	P	A	75 W PEP	13
36	> 275 GHz	-	-	-	<b>15 14</b>

\*) P: Amateurfunkdienst ist primärer Funkdienst, S: Amateurfunkdienst ist sekundärer Funkdienst gemäß § 3 Abs. 3 der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung vom 28. September 2004 (BGBl. I S. 2499). Die mit "P" gekennzeichneten Frequenzbereiche können gleichzeitig auch anderen primären Funkdiensten zugewiesen sein.

## B Zusätzliche -Nutzungsbestimmungen

- 1 Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung: 800 Hz.
- 2 Die Betriebsorte sind bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post schriftlich anzuzeigen. Die Sendean-  
tenne ist gegenüber anderen Anlagen ausreichend zu entkoppeln. Werden Störungen bei Primärfunkdiensten auch in be-  
nachbarten Frequenzbereichen verursacht, ist der Betrieb einzustellen.
- 3 Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung: 2,7 kHz.
- 4 Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung: 7 kHz.
- 5 ~~Zum Schutz der primären Nutzer dieses Frequenzbereichs Nutzung nur durch Inhaber besonderer Zuteilungen. Diese Zu-  
teilungen können mit weiteren Auflagen versehen werden.~~ Die Nutzung des Frequenzbereichs kann von der Regulierungs-  
behörde mit zusätzlichen allgemeinen Auflagen versehen werden; die Nutzung ist auf feste Amateurfunkstellen beschränkt.
- 6 Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung: 40 kHz.
- 7 Die maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung beträgt 2 MHz und bei amplitudenmodulierten Fernsehaussen-  
dungen 7 MHz.
- 8 Die maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung beträgt 2 MHz, bei amplitudenmodulierten oder digitalen Fern-  
sehaussendungen 7 MHz und bei frequenzmodulierten Fernsehaussendungen 18 MHz.
- 9 Die maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung beträgt 10 MHz und bei Fernsehaussendungen 20 MHz.
- 10 Der Betrieb von fernbedienten Amateurfunkstellen ist nicht gestattet. ~~Amateurfunk Wettbewerbe (Contestbetrieb) dürfen in diesem  
Frequenzbereich nicht durchgeführt werden.~~
- 11 Im Teilbereich 1 247 bis ~~1 263~~ 1 260 MHz ist die abgestrahlte Leistung auf maximal 5 W EIRP beschränkt. Der Betrieb von  
fernbedienten und automatisch arbeitenden Amateurfunkstellen ist in diesem Bereich nicht zulässig.
- 12 Die maximal zulässige Strahlungsleistung für automatisch arbeitende Amateurfunkstellen beträgt 15 Watt ERP.
- 13 Die Frequenzbereiche 7 000 - 7 100 kHz, 14 000 - 14 250 kHz, 18 068 - 18 168 kHz, 21 000 - 21 450 kHz, 24 890 - 24 990 kHz, 28  
- 29,7 MHz, 144 - 146 MHz, 24 - 24,05 GHz, 47 - 47,2 GHz, 75,5 - 76 GHz, ~~77,5 - 78 GHz~~, 134 - 136 GHz und 248 - 250 GHz  
können auch für den Amateurfunkdienst über Satelliten genutzt werden; der Amateurfunkdienst über Satelliten ist dabei primärer  
Funkdienst. Die Frequenzbereiche 435 - 438 MHz, 1 260 - 1 270 MHz, 2 400 - 2 450 MHz, 5 650 - 5 670 MHz, 5 830 - 5 850 MHz,  
10,45 - 10,50 GHz, 76 - ~~77,5 GHz, 78~~ 81,5 GHz, 136 - 141 GHz und 241 - 248 GHz können auch für Amateurfunkdienst über  
Satelliten genutzt werden; der Amateurfunkdienst über Satelliten ist dabei sekundärer Funkdienst. In den Frequenzbereichen 435 -  
438 MHz, 1 260 - 1 270 MHz, 2 400 - 2 450 MHz und 5 650 - 5 670 MHz sind andere sekundäre Funkdienste gegenüber dem  
Amateurfunkdienst über Satelliten bevorrechtigt. Die Nutzung der Frequenzbereiche 1 260 - 1 270 MHz und 5 650 - 5 670 MHz ist  
auf die Senderichtung Erde - Weltraum und im Frequenzbereich 5 830 - 5 850 MHz auf die Senderichtung Weltraum - Erde  
beschränkt.
- 14 ~~Der Frequenzbereich 75,5 - 76 GHz ist bis zum Jahr 2006 zusätzlich dem Amateurfunkdienst und dem Amateurfunkdienst über  
Satelliten auf primärer Basis zugewiesen.~~
- 1514 Die Nutzungsbedingungen werden in Übereinstimmung mit der Nutzungsbestimmung D565 der Frequenzbereichszuweisungsplan-  
verordnung vom 28. September 2004 (BGBl. I S. 2499) durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post festgelegt  
und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht. Nach der Nutzungsbestimmung D565 können die Frequenzbereiche 444 - 453 GHz, 510 -  
546 GHz, 711 - 730 GHz, 909 - 926 GHz, 945 - 951 GHz und Frequenzen oberhalb von 956 GHz können durch den Amateurfunk-  
dienst genutzt werden. Die Nutzungsbedingungen werden durch die Regulierungsbehörde festgelegt und in ihrem Amtsblatt veröf-  
fentlicht.

**Anlage 2**

(zu § 1 Nr. 7 und § 18)

**Gebührenverzeichnis**

Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erhebt für Amtshandlungen nach § 18 dieser Verordnung folgende Gebühren:

1 Lfd. Nr.	2 Gebührentatbestand	3 Gebühr in Euro		
		2005	(ab jeweils 1.1.)	
			2006	2008
1	a) Erteilung eines Amateurfunkzeugnisses Klasse A nach bestandener (Erst-) Prüfung für die Klasse E	90*) 60*)	100*) 70*)	110*) 80*)
	b) Erteilung eines Amateurfunkzeugnisses Klasse A nach bestandener Wiederholungsprüfung für die Klasse E	60*) 40*)	70*) 50*)	80*) 60*)
	c) Erteilung einer Bescheinigung <b>oder eines Amateurfunkzeugnisses</b> nach bestandener Zusatzprüfung gem. § 4 Abs. <b>4 3</b> <b>oder Abs. 5</b>	60*)	70*)	80*)
2	Ausstellen einer harmonisierten Prüfungsbescheinigung oder einer Zeugniszweitschrift	40	55	70
3	a) Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst und Zuteilung eines personengebundenen Rufzeichens	40	55	70
	b) Zuteilung eines weiteren Rufzeichens nach § 16 Abs. 2	40	55	70
	c) Zuteilung eines Ausbildungsrufzeichens nach § 12 Abs. 1	70	70	70
	d) Zuteilung eines Rufzeichens für eine Klubstation nach § 14 Abs. 1	60	85	110
	e) Zuteilung eines Rufzeichens für eine fernbediente oder automatisch arbeitende Amateurfunkstelle (beispielsweise Relaisfunkstelle oder Funkbake) nach § 13 Abs. 1	80	150	200
4	Anordnung der Einschränkung des Betriebes oder der Außerbetriebnahme einer Amateurfunkstelle auf Grund von Verstößen gegen Bestimmungen des Amateurfunkgesetzes oder der Amateurfunkverordnung	160	160	160
5	Prüfen und Anerkennen von Genehmigungen anderer Verwaltungen und nicht CEPT-konformer Prüfungsbescheinigungen	70	100	130
6	Zurücknahme eines Antrags nach dem Beginn der sachlichen Bearbeitung und vor Beendigung der Amtshandlung; Ablehnung von Anträgen auf die in Nummern 1 bis 3 und 6 genannten Amtshandlungen; Widerruf oder Rücknahme einer Amtshandlung, soweit der Betroffene dazu Anlass gegeben hat	Die Gebühr ermäßigt sich um ein Viertel der für den Verwaltungsakt vorgesehenen Gebühr		

\*) Maßgeblich für die Gebühr ist der Prüfungstermin.

# **Vorblatt**

## **Anhang 2**

### **zum Entwurf einer**

## **Ersten Änderungsverordnung zum Gesetz über den Amateurfunk**

### **A. Problem und Ziel**

Die geltende Verordnung zum Gesetz über den Amateurfunk ist erst im Februar 2005 in Kraft getreten und hat sich grundsätzlich bewährt. Inzwischen sind jedoch sowohl im nationalen Bereich als auch im internationalen Bereich einige Änderungen vollzogen worden, die umzusetzen sind. Dies betrifft insbesondere Anpassungen an entsprechende Empfehlungen der CEPT (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation) sowie die Umsetzung von Festlegungen der neuen Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung.

Gleichzeitig sollen kleine Korrekturen und Anpassungen vorgenommen werden, die sich aus der bisherigen praktischen Erfahrung mit der Amateurfunkverordnung notwendig ergeben und für alle Beteiligten sinnvoll und durchschaubar sind.

Ziel der angestrebten Änderungen ist es, in Übereinstimmung mit den internationalen und nationalen Erfordernissen den Amateurfunkdienst als Experimentierfeld weiter zu fördern, der Tätigkeit von Funkamateuren weite Spielräume zu gewähren und dabei gleichzeitig mehr Rechtssicherheit zu schaffen.

### **B. Lösung**

Mit einer Ersten Änderungsverordnung sollen insbesondere folgende Regelungskreise einer Lösung zugeführt werden:

- Umsetzen einer CEPT-Empfehlung, nach der für so genannte Einsteigerklassen europaweit gleiche Anforderungen zu erfüllen sind, sie einen Kurzwellenzugang erhalten (weltweiter Funkverkehr) und die entsprechenden Bescheinigungen oder Zeugnisse gegenseitig anerkannt werden sollen; in diesem Zusammenhang ist eine Zusatzprüfung zum Erwerb der höheren Funkzeugnisklasse einschließlich der entsprechenden Gebühr für das Ausstellen des Amateurfunkzeugnisses nach bestandener Prüfung neu einzuführen.
- Umsetzen der Bestimmungen der in Kürze in Kraft tretenden neuen Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung (beispielsweise Erweiterung des dem Amateurfunkdienst zugewiesenen Frequenzbereichs 7 000 – 7 100 kHz um weitere 100 kHz auf 7 200 kHz)
- Allgemeine Freigabe des Frequenzbereichs um 50 MHz für den Amateurfunkdienst, verbunden mit diversen Auflagen, nachdem seit 1990 (als Pilotprojekt gestartet) jeweils nur eine bestimmte Anzahl von Sondergenehmigungen beziehungsweise Sonder-Frequenzzuteilungen vergeben werden durfte (1990: 1000, aktuell: 4500)

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Finanzielle Auswirkungen**

Die einzige im Zusammenhang mit der Ersten Änderungsverordnung neu einzuführende Gebühr ist diejenige für das Ausstellen eines Amateurfunkzeugnisses nach bestandener Zusatzprüfung zum Erwerb der höheren Zeugnisklasse (s. Buchstabe B). Diese Gebühr wird in die bestehende Gebührenstruktur eingepasst; deren Höhe entspricht somit in etwa dem Aufwand für die Durchführung der Prüfung und das Ausstellen des Amateurfunkzeugnisses wie bei den anderen Gebührenarten auch. Insofern sind keine Veränderungen der finanziellen Auswirkungen gegenüber den bestehenden Gegebenheiten zu erwarten.

### **E. Sonstige Kosten**

Zusätzliche Kosten, insbesondere Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

# **Begründung zum Entwurf einer Ersten Änderungsverordnung zum Gesetz über den Amateurfunk**

## **I. Allgemeiner Teil**

### **1. Grundsätzliches**

Mit dieser Verordnung werden die Regelungen für den Amateurfunkdienst neuen Gegebenheiten sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich angepasst. Dies betrifft insbesondere die Umsetzung von Empfehlungen innerhalb der CEPT (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation) betreffend die Einführung einer so genannten Einsteiger-Zeugnisklasse zur gegenseitigen Anerkennung sowie die Umsetzung von Bestimmungen der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung.

Die neue Verordnung ändert die Verordnung zum Gesetz über den Amateurfunk vom 15. Februar 2005 (BGBl. I S. 242).

### **2. Zielsetzung**

Ziel der angestrebten Änderungen ist es, in Übereinstimmung mit den internationalen und nationalen Erfordernissen den Amateurfunkdienst als Experimentierfeld weiter zu fördern, der Tätigkeit von Funkamateuren weite Spielräume zu gewähren und dabei gleichzeitig mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Gleichzeitig sollen kleine Korrekturen und Anpassungen vorgenommen werden, die sich aus der bisherigen praktischen Erfahrung mit der Amateurfunkverordnung notwendig ergeben und für alle Beteiligten sinnvoll und durchschaubar sind.

### **3. Kosten**

Veränderte finanziellen Auswirkungen gegenüber den bestehenden Gegebenheiten sind nicht zu erwarten.

## II. Besonderer Teil - Einzelbegründungen

### § 4 – Prüfungsanforderungen und Prüfungsinhalte

#### Abs. 1 und 2:

Bisher waren in allen in Abs. 1 unter Nr. 1 bis 3 genannten Prüfungsteilen für den Erwerb eines Amateurfunkzeugnisses (AFZ) der Klasse E nur die wesentlichen Grundzüge von Kenntnissen gefordert. In Anpassung an die „CEPT<sup>1</sup> novice<sup>2</sup> radio amateur licence“, die im Herbst vergangenen Jahres mit Unterstützung der deutschen Verwaltung in Form der ECC<sup>3</sup>-Empfehlung (05)06 verabschiedet wurde, verlangt die neue Regelung dies nur noch vom Inhalt der Nr. 1; bezüglich der Nr. 2 und 3 sind jetzt detaillierte Kenntnisse nachzuweisen. Die vorgeschlagene Änderung berücksichtigt dies.

#### Abs. 3 (neu):

Die Einführung einer Zusatzprüfung (von AFZ Kl. E nach AFZ Kl. A) kommt einer Forderung der Interessenvertreter der deutschen Funkamateure entgegen. Die in Abs. 2 vorgenommene Anpassung und der dadurch erzielte wesentlich verringerte Niveauunterschied zwischen beiden Zeugnisklassen rechtfertigt jetzt die Möglichkeit einer Zusatzprüfung von der niedrigeren zur höheren Funkzeugnisklasse.

#### Abs. 4 (neu):

Die neue Regelung nach Abs. 3 (neu) – Zusatzprüfung – muss auch hier bei der Festlegung von Einzelheiten zu Prüfungsinhalten und –anforderungen für die Zusatzprüfung berücksichtigt werden.

### § 5 – Durchführung der Prüfung

#### Abs. 1:

Es handelt sich lediglich um eine Anpassung an die Änderungen in § 4.

#### Abs. 3:

Mit der eingefügten Formulierung soll klar gestellt werden, dass die Wiederholung einzelner Prüfungsteile bei der neu eingeführten Zusatzprüfung nicht möglich sein soll.

### § 12 – Ausbildungsfunkbetrieb

#### Abs. 4:

Die Streichung des Wortes „mindestens“ geht auf eine Forderung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz zurück, der auf das Prinzip der Datensparsamkeit verweist. Insoweit sollen die Daten längstens (!) ein Jahr aufbewahrt werden.

---

1 – CEPT – Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation;

2 – novice – hier „Einsteiger“;

3 – ECC – Ausschuss für Elektronische Kommunikation der CEPT

## § 19 – Übergangsregelungen

### Abs. 3:

Durch die in § 4 vorgenommenen Änderungen ist an dieser Stelle der Bezug entsprechend zu ändern.

## Anlage 1 – Nutzungsbedingungen für die im Frequenznutzungsplan für den Amateurfunkdienst und den Amateurfunkdienst über Satelliten ausgewiesenen Frequenzbereiche

### A Tabellarische Übersicht

#### lfd. Nr. 2a, 3a, 4a, 5a, 10a und 12a:

In Übereinstimmung mit der in der Begründung zu § 4 Abs. 1 und 2 genannten CEPT-Empfehlung eingeführte zusätzliche Nutzung für Inhaber der Zeugnisklasse E (mit jeweils geringerer Senderausgangsleistung als bei Klasse-A-Inhabern); diese Empfehlung überlässt den einzelnen Verwaltungen die Festlegung der konkreten Frequenzbereiche und der Nutzungsbedingungen, ermöglicht dadurch jedoch Inhabern so genannter Einsteiger-Funkzeugnisklassen erstmalig die Nutzung von Kurzwellen-Frequenzbändern und damit weltweiten Funkverkehr. Die europäische Harmonisierung dieser Frequenzbereiche wird angestrebt.

#### lfd. Nr. 6a:

In Übereinstimmung mit der Vollzugsordnung für den Funkdienst und der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung eingeführter neuer, zusätzlicher Frequenzbereich für den Amateurfunkdienst bei sekundärem Status für Inhaber der Zeugnisklasse A

#### lfd. Nr. 13:

Nach mehr als 16 Jahren „Pilotprojekt“ nunmehr vorgesehene Freigabe des u. a. dem Amateurfunkdienst auf sekundärer Basis zugewiesenen Frequenzbereichs 50,08 – 51 MHz. Bisher waren die Frequenzuteilungen als Sonderzuteilungen deklariert und zahlenmäßig begrenzt (zuletzt im Herbst 2005 erweitert von 3000 auf 4500). Bei allgemeiner Freigabe dieses Frequenzbereichs zur Nutzung durch Funkamateure, die die dafür festzulegenden Voraussetzungen erfüllen, ist etwa die doppelte Zahl der bisherigen Sonder-Frequenzuteilungen zu erwarten (etwa um 10 000). Um jedoch dem berechtigten Schutzbedürfnis anderer Primärnutzer gerecht zu werden, wurde Spalte 6 um die zusätzlichen Nutzungsbestimmungen gemäß B 2, 3 und 10 erweitert. Damit ist sicher gestellt, dass im Zusammenhang mit der Nutzung dieses Frequenzbereichs folgende Auflagen erfüllt werden:

1. Der Frequenzbereich darf nur von festen Amateurfunkstellen genutzt werden.
2. Der Frequenzbereich darf nur von Inhabern der Zeugnisklasse A genutzt werden.
3. Das Leistungsmaximum beträgt 25 W effektive Strahlungsleistung (ERP).
4. Die Betriebsorte dieser festen Amateurfunkstellen sind bei der Regulierungsbehörde anzuzeigen.
5. Sendeantennen sind gegenüber anderen Anlagen ausreichend zu entkoppeln.
6. Werden Störungen bei Primärfunkdiensten auch in benachbarten Frequenzbereichen verursacht, ist der Betrieb einzustellen.
7. Die maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung ist auf 7 kHz zu beschränken.
8. Der Betrieb von fern bedienten Amateurfunkstellen ist nicht gestattet.
9. Die Nutzung des Frequenzbereichs kann von der Regulierungsbehörde mit zusätzlichen allgemeinen Auflagen versehen werden (beispielsweise zum Schutz von zurzeit noch in diesem Frequenzbereich arbeitenden Fernsehsendern).

Mit diesen einschränkenden Auflagen, deren Zahl größer als bei der bisherigen Regelung ist, sollte bei einer allgemeinen Freigabe des Frequenzbereichs für den Amateurfunkdienst in der Bundesrepublik Deutschland ein weitest gehender Schutz vor Störungen gewährleistet sein.

**lfd. Nr. 27:**

Herstellen der Übereinstimmung mit der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung durch Streichen der Nutzungsbestimmung 14 (alt)

**lfd. Nr. 29:**

Herstellen der Übereinstimmung mit der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung durch Änderung des Status´ von „Primär (P)“ in „Sekundär (S)“

**lfd. Nr. 36:**

Da die zusätzliche Nutzungsbestimmung 14 (alt) nicht mehr benötigt wird, erhält die bisherige Nutzungsbestimmung 15 die Nr. 14; inhaltliche Erläuterungen s. unter B!

**B Zusätzliche Nutzungsbestimmungen (NB)****Fußnote Tabelle:**

Streichen der Fundstellen; damit handelt es sich um die jeweils geltende Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung.

**NB 5:**

Diese Nebenbestimmung ist in Übereinstimmung mit den Ausführungen zur „Tabellarischen Übersicht“, lfd. Nr. 13, zur künftigen Nutzung des 50-MHz-Frequenzbereichs anzupassen.

**NB 10:**

Satz 2 wird gestrichen, weil die Verwaltung Amateurfunk-Wettbewerbe grundsätzlich nicht unterbinden darf, auch wenn es sich hier um eine „gezielte Erzeugung erhöhten Verkehrsaufkommens“ handelt, das grundsätzlich wohl ein erhöhtes Störpotenzial in sich birgt. Erhöhtes Verkehrsaufkommen kann gleichermaßen aber auch dann auftreten, wenn keine Amateurfunk-Wettbewerbe durchgeführt werden, sondern wenn sich viele Funkamateure beispielsweise wegen besonderer Ausbreitungsbedingungen gleichzeitig auf einem bestimmten „Band“ treffen.

**NB 11:**

Mit der vorgesehenen Änderung soll erreicht werden, dass der Teilfrequenzbereich 1 260 – 1 263 MHz, der zusätzlich dem Amateurfunkdienst über Satelliten zugewiesen ist, für diesen Zweck auch genutzt werden kann. Gegenwärtig besteht diese Möglichkeit nicht, weil die abgestrahlte Leistung mit maximal 5 Watt EIRP dazu zu gering ist.

**NB 13:**

Die Änderung setzt Festlegungen der neuen Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung um.



**NB 14:**

Die Nebenbestimmung ist überflüssig geworden und wird deshalb gestrichen.

**NB 15 (alt):**

Die Nebenbestimmung erhält wegen der Streichung der NB 14 (alt) die Bezeichnung NB 14 (neu). Um flexibler reagieren zu können, werden die Hinweise (u. a. konkrete Fundstellen) auf die Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung gestrichen. Zum Ausgleich soll die Regulierungsbehörde die Nutzungsbedingungen für diese Frequenzbereiche festlegen und in ihrem Amtsblatt veröffentlichen.

**zu Anlage 2 – Gebührenverzeichnis****lfd. Nr. 1 – Spalte 2 - Buchstabe c:**

Bisher galt die Gebührenfestlegung nur für das Erteilen einer Bescheinigung nach bestandener Zusatzprüfung gemäß § 4 Abs. 4 (alt). Es handelte sich dabei um die freiwillige Zusatzprüfung zum Nachweis von Morsetelegrafie-Kenntnissen, die in vielen Ländern als Voraussetzung für die Nutzung von Kurzwellen-Frequenzbändern immer noch gefordert werden. Die Ergänzung bezieht sich auf die o. g. neu eingeführte Zusatzprüfung von AFZ Kl. E nach AFZ Kl. A. Nach bestandener Zusatzprüfung dieser Art erhält der Funkamateur ein AFZ der Kl. A. Auch diese Prüfung muss gebührenpflichtig sein. Die Regelung soll in Übereinstimmung mit der Ermächtigung nach § 8 Nr. 1 des Gesetzes über den Amateurfunk erlassen werden.

**III. Zusammenfassung**

Mit der vorgelegten Verordnung werden in Modifizierung und Ergänzung der Verordnung vom 15. Februar 2005 für die Zukunft beständige und moderne Regelungen geschaffen, die den internationalen und nationalen Erfordernissen genügen und im Einklang mit der Umwelt den Funkamateuren hinsichtlich ihrer experimentellen und technisch-wissenschaftlichen Tätigkeit in der Freizeit weite Spielräume gewähren.